

Flüchtlinge zur Arbeit verpflichtet: Landräte greifen durch!

Landräte kürzen Sozialleistungen für Flüchtlinge, die Arbeitspflicht verweigern - Erfahren Sie, warum und wie dies geschieht!

Landkreise überdenken Unterstützung für Flüchtlinge

Neue Maßnahmen in verschiedenen Landkreisen zielen darauf ab, die Integration von Flüchtlingen durch Arbeitspflicht voranzutreiben.

Die Bedeutung der täglichen Strukturierung

Laut Landrat Götz Ulrich aus dem Burgenlandkreis sind die Arbeitsangebote für Flüchtlinge essenziell, um diese auf den regulären Arbeitsmarkt vorzubereiten. Durch die tägliche Arbeitsstruktur sollen die notwendigen Qualifikationen erhalten und die Akzeptanz in der Gemeinschaft gestärkt werden.

Einschnitte bei fehlender Arbeitsbereitschaft

In Mansfeld-Südharz hat Landrat André Schröder 64 Asylsuchende zur Unterstützung bei Aufräumarbeiten nach einem Hochwasser verpflichtet. Diejenigen, die sich verweigerten, sahen eine Senkung ihrer Sozialleistungen um bis zu 232 Euro pro Monat.

Integration durch Arbeit

Ein Vorreiter in diesem Bereich ist Landrat Christian Herrgott aus dem Saale-Orla-Kreis, der 63 Stellen für Flüchtlinge geschaffen hat. Menschen, die sich der Arbeit verweigern, müssen mit finanziellen Einbußen rechnen.

Kritik an den Maßnahmen

Einige Politiker, unter anderem Martin Rosemann und Frank Bsirske, äußern Bedenken gegen die Arbeitspflicht für Flüchtlinge. Sie plädieren dafür, diesen erst die Möglichkeit zu geben, überhaupt einer Beschäftigung nachzugehen, bevor Zwangsmaßnahmen ergriffen werden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de